

ZWANGSEXMATRIKULATIONEN UND AUSLAUFEN DER LPO 2003 bzw des Staatsexamen Lehramts STOPPEN!

Du studierst Lehramt auf Staatsexamen? Du möchtest nicht nur deine Module abarbeiten, sondern Veranstaltungen aus Interesse besuchen? Du möchtest dich sozial und (hochschul)politisch engagieren? Du möchtest während des Studiums über den Tellerrand schauen und beispielsweise ein Auslandssemester machen? Du möchtest ein vertieftes statt ein stressiges und oberflächliches Studium?

Dies alles braucht Zeit. Durch das Auslaufen der aktuellen Staatsexamenslehramtsstudiengänge (LPO 2003) werden diese Möglichkeiten eingeschränkt bis unmöglich gemacht: Noch unter der inzwischen abgewählten schwarz-gelben Landesregierung wurde beschlossen, dass die LPO 2003 zum Ende des Sommersemesters 2016 (Grund-, Haupt-, Realschule) bzw. 2017 (alle anderen Schulformen) ausläuft. Alle Kommiliton*innen, die dann noch in den Studiengängen studieren, sollen entweder zwangsexmatrikuliert werden oder müssen in einen Bachelorlehramtsstudiengang wechseln. Letzteres ist schwierig, weil zunächst der Bachelorabschluss und im Master ein Praxissemester absolviert werden müssten. Abgesehen davon werden nicht alle Fachkombinationen aus dem Staatsexamen in den neuen Studiengängen angeboten.

Die Drohung mit Zwangsexmatrikulationen und der Druck, zügig zu studieren, sind erkenntnisfeindlich: Sie waren schon immer ein Mittel, um konformes und angepasstes Studieren und Leben zu erpressen. Sie richten sich gegen kritische, reflektierte Bildung sowie Engagement für soziale, politische und kulturelle Verbesserungen in Einheit mit persönlicher Weiterentwicklung. Zeit und Muße für die Vertiefung interessanter Fragen wird deutlich beschränkt, stattdessen wird allen nahe gelegt, vorgegebene Anforderungen (Prüfungen, Module) abzuarbeiten. Dies ist mehr als unzeitgemäß: Studium und wissenschaftliche Arbeit sollten zu einer inklusiven, friedlichen, menschenwürdigen und demokratischen globalen Entwicklung beitragen. Studiengebühren wurden schon durch Proteste von Studierenden abgeschafft. Nun steht an, dass die unternehmerische Hochschule (nur was sich vermarkten lässt, sei etwas wert) überwunden wird – und damit auch jegliche Degradierung von Menschen zu Kostenfaktoren.

Das Auslaufen der LPO 2003 und die damit verbundenen Zwangsexmatrikulationen sind schnellstmöglich zu verhindern. Dass dies möglich ist, wird auch dadurch deutlich, dass erst vor kurzem eine andere Zwangsexmatrikulationsregelung gekippt wurde: Die von der Landesregierung im Zuge der aktuellen Hochschulreform zunächst vorgesehene Neueinführung von Zwangsexmatrikulationen bei langem Studium ist aufgrund des Protests und der Aufklärungsarbeit von Studierenden gestrichen worden.

Die Abschaffung der Zwangsexmatrikulationen und Verhinderung der Auslaufordnung haben auch für die Bildung in der Schule Bedeutung: Lehrer*innen sollten Schüler*innen dabei unterstützen, mündige Demokrat*innen zu werden und die Welt als veränderbar zu erkennen. Daher ist es demokratieschädigend, wenn künftige Lehrer*innen in ihrem Studium zu stupidem *Learning to the test* und der Hinnahme des Gegebenen gedrängt werden.

Ohne die Reflexion, zu welchen persönlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen Bildung beitragen soll, und der Klärung der Frage, wie das aktuelle Bildungssystem (mit Selektion, Leistungsdruck, Schulzeitverkürzung für schnellere Verfügbarkeit auf dem Arbeitsmarkt) dazu im Verhältnis steht, ist keine verantwortliche pädagogische Arbeit möglich.

Wir rufen alle Betroffenen und Interessierten (auch Professor*innen und Mitarbeiter*innen) zu einer Vollversammlung auf. Gemeinsam wollen wir diskutieren, wie wir die Zwangsexmatrikulationen und Fristen verhindern können.

Kommt zur Vollversammlung, beteiligt euch an der Debatte sowie den Aktionen und gebt euren Kommiliton*innen Bescheid!